

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckerei: Nachrichten Dresden.
Verleger: Commisnummer 25241.
Für die Nachdrucke: 2001.

Bezugs-Gebühr monatlich in Dresden bei einmaliger Zahlung 2,50 M., monatlich 2,95 M.
Anzeigen-Preise. Die 10spaltige 37 mm breite Zeile 1,50 M. Auf Familienanzeigen, Anzeigen unter 2000 u. Wohnungsanzeigen, 10spaltige An- und Werbefläche 25% Rabatt. Ausländische Aufträge gegen Vorauszahlung. Glasnummer 20 Pf.

Abbestellung und Anzeigenrücknahme:
Wochenblätter 24.40.
Zoch u. Verlag von Ullrich & Neudörfl in Dresden.
Postfach-Nr. 19 205 Leipzig.

Nachdruck nur mit beifolgender Genehmigung („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unentgeltliche Schriffsätze werden nicht aufbewahrt.

Siphacool
zahnsteinlösende,
karieslösende Zahnpasta
wirkt zuverlässig desinfizierend, reizlos, heilend, erzeugt gesunde, weiße Zähne.

Café Wobst
Altmarkt 3
Eröffnung: Mitte März.

AUSSTELLUNG fertiger Wohnungen
Bauausstellung
Otto Schubert, Dresden-A.
Werkstätten für Wohnungsbau
14 Wallstraße = Gegründet 1873 = Wallstraße 14

Vor wichtigen Ereignissen in der Türkei.

Die Anebelung der Türkei.

Staatsrechtlicher Bericht der „Dresdner Nachrichten“
Konstantinopel, 7. März. Jetzt liegen neun englische Kreuzer vor der Stadt, und ein französischer Dampfer landete 1000 Mann französischer Truppen, die nach den Dardanellen gingen. Den Negierungen treffen Meinen die Friedensbedingungen der Alliierten bekannt geworden zu sein, denn es wird erklärt, daß der Türkei weder ein Heer, noch eine Flotte angeschlossen werde. Wegen dieser Bestimmungen will die türkische Regierung mit Schärfe protestieren. Es wird erwartet, daß Kemal-Paschas Heer großen Anlauf haben wird, so daß er imstande sein wird, den Proben der Regierung zu unterliegen. Die in der Entente-Prese verbreiteten Nachrichten über den Inhalt des türkischen Friedensvertrags dienen hauptsächlich dazu, die türkische Bevölkerung solange ruhig zu halten, bis die Befreiung der Dardanellenforts und der Stadt Konstantinopel durch die Entente-Truppen Tatsache geworden ist. Die Ansprüche, die die Alliierten stellen, sollen weit ungünstiger sein, als bisher verlautete. Frankreichs Zustimmung zum Verträge wurde von England dadurch erkauft, daß Frankreich noch mehr Gebiet in Kleinasien zugesprochen wurde, und zwar nördlich von Mosul. Unter der englischen Besatzung ist es der türkischen Presse nicht möglich, die Bedingungen des Vertrages zu besprechen. Doch kommen auch aus Kleinasien Mitteilungen, daß die dortige Bevölkerung den Grund des Aufstandes begriffen und sich dem Schutze der türkischen Nationalistenpartei anvertraut. Die Aufstände in Mesopotamien sind noch nicht bezwungen, und die Bahadhabahn ist südlich von Mosul zerstört.

Wiederzusammentritt des Obersten Rates.

Paris, 6. März. Die heutige Ausgabe des „Revue Social“ meldet aus London, wichtige Ereignisse in der Türkei und Kleinasien hätten den Wiederzusammentritt des Obersten Rates notwendig gemacht. Er werde in zwei Wochen in Paris tagen.

Enver-Pascha gegen England.

London, 6. März. Die „Times“ berichtet, daß Enver-Pascha erklärt habe, er und Hunderttausende von Mahomedanern wollten gern ihr Leben opfern, um die muslimanische Welt in Flammen zu setzen, falls der Türkei Konstantinopel und die Dardanellen fortgenommen würden.

Kabinettswechsel in Schweden.

Stockholm, 7. März. Die Regierung hat gestern demissioniert. Der König hat den früheren Ministerpräsidenten und Präsidenten der liberalen Partei, Eden, mit der Bildung des neuen Kabinetts beauftragt. Man ist der Ansicht, daß Eden bei der Bildung des liberalen Kabinetts große Schwierigkeiten zu überwinden haben wird. Es wäre nicht ausgeschlossen, daß ein sozialistisches Kabinet mit Brandström an der Spitze aus Aude käme. (W. T. B.)

Rücktritt der portugiesischen Regierung.

Lisbon, 7. März. Nach letzten Meldungen aus Portugal haben gestern früh alle Beamten und Angestellten der Eisenbahnen die Arbeit eingestellt. Sie verlangten eine Lohnerhöhung. Die Regierung schickte der Kammer vor, die unabhängigen Arbeiter und Angehörigen zu entlassen. Da sich die Kammer diesem Beschr. widersetzte, hat die Regierung ihr Rücktrittsgesuch eingereicht, das vom Präsidenten der Republik angenommen wurde. Er beauftragte den Führer der Demokraten, Senator Maria Silva, mit der Bildung des neuen Kabinetts. Die erste Tat des neuen Kabinetts war die Befriedigung der Wünsche der Ausländer, was dem Ausland ein Ende setzte. (W. T. B.)

Ein Aufruf des Reichsverweisers Korthy.

Budapest, 6. März. Reichsverweiser Korthy hat an die Nation ein Manifest gerichtet, in dem es heißt: Wir haben die finstere Epoche der Völkern und Nationen überstanden und vernichtenden Revolutionen abgebrochen. Es ist unser unabänderlicher Wille, die Nation auf die Wege des Rechts zu führen. Zur Erreichung dieses Zweckes werde ich mit ganzer Kraft dahin wirken, daß die innere Ordnung im Staate, die Rechtssicherheit, die Herrschaft der Geseze, die Möglichkeit und Kontinuität der Produktion gesichert wird. Ohne Arbeit und Disziplin geht unsere Nation dem Verfall entgegen, geht unser Land zugrunde. Jeder Staatsbürger, welcher dem Wohle des Vaterlandes dient, kann keiner Vorbildung gemäß zur Geltung kommen. Ich will die Herrschaft der christlichen Moral wieder herstellen auf der ganzen Erde. Alle extremen Betätigungen wünsche ich einzudämmen, die rücksichtslose Sucht zur Geltung zu kommen, ebenso wie die Ausartung der Parteileidenenschaften, die Aufreizung zum Klassenkampf und die Produktion lähmenden Aufhebungen. Wir können nicht weiter dulden, daß die herabwürdige Horde der Preisdreier, der Lebensmittelverweigerer und allerlei Wucherer sich fortwährend bereichert, während andere mit dem Hungertode ringen. Statt Ruhe und Dank suchen wir Verwirrung und Verunsicherung in der äußeren und inneren Politik.

Reichskanzler Bauer zum Wiederaufbau.

Budapest, 6. März. Die das ungarische Telegraphen-Bureau meldet, äußerte sich der Reichskanzler Bauer gegenüber einem Berichterstatter des „Pester Lloyd“ über den Wiederaufbau der vernichteten Gebiete in Nordfrankreich, die deutsche Regierung habe nach der Uebernahme der Verpflichtung, an dem Wiederaufbau zu arbeiten, nach Paris Delegationen geschickt, um dort die Einzelheiten der Frage zu besprechen. Die ungarischen Verhandlungen seien bedauerlicherweise noch nicht zum Abschluß gekommen. Sie haben zum Gegenstand, die Ausichtsbedingungen festzustellen, unter denen die deutschen Arbeiter zu arbeiten haben. Eine andere Schwierigkeit sei die Befreiung Frankreichs mit den zum Wiederaufbau notwendigen Rohmaterialien. Diese Frage habe im englischen Zusammenhange mit der Kohlenfrage. Der Reichskanzler hofft, daß die Verhandlungen diese beiden Punkte, die ungarischen beiden Ländern noch immer eine Anwartschaft des Wirtschaftens erzeugen können, befehligen. (W. T. B.)

Zur Revision des Friedensvertrags.

Paris, 6. März. Die heutige Ausgabe der „Revue Social“ berichtet, daß Mittel bei der jüngsten Konferenz in London direkt die Frage der Revision des Friedensvertrags aufgeworfen hat. Man habe auch eine Verminderung der Besatzungstruppen in den Rheinlanden angeregt.
Amsterdam, 6. März. „De Volks Stem“ zufolge hat der Vorstand der Arbeiterpartei im Unterhaus Verhandlungen mit den Liberalen aufgenommen, die die Frage eines gemeinsamen Vorgehens zur Revision der Versailler Verträge betreffen. Dem gleichen Blatt zufolge hat der Gesamtverband der Trade Union eine Stellungnahme zur Frage der Revision des Versailler Vertrages abgelehnt.

Die Unterfuchung der belgischen Angelegenheit.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 6. März. Die Ankerungen der Abendpresse vom 5. März 1920 zur Umgestaltung des dritten und vierten Untersuchungsdes parlamentarischen Untersuchungs-ausschusses haben teilweise den Eindruck hervorgerufen, als ob der Ausschuss gegenüber den Fragen, die er bezüglich Belgiens zu unteruchen hat, von vornherein auf dem Standpunkt liege, daß hier deutscherseits Vorkerichts-mittelhaft vorliege. Demgegenüber sei ausdrücklich bemerkt, daß erst durch Unterfuchung festgestellt werden soll, ob das deutsche Verhalten vorkerichtsähnlich war oder nicht. Diese Unterfuchungen sind noch nicht abgeschlossen.

Berlin, 6. März. Der zweite Untersuchungsausschuss vernahm in seiner heutigen nichtöffentlichen Sitzung formell eine Auskunftsversion. Diese formellistische Form der Vernehmung war notwendig, da die betreffende Auskunftsversion demnach die Deutschen für längere Zeit verläßt und auf diese Art der Gefahr vorbeugen wird, daß Beweismittel verloren gehen.

Das Saarland ist Reichsgebiet.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 6. März. Man hört vielfach von einem „Saarland“ sprechen, und die Saarländer werden nicht selten als Ausländer behandelt. Es kommt vor, daß man ihnen deshalb höhere Preise abverlangt, daß man sie auf Bahnhöfen an Auslandsstationen verweist u. dergl. Vorläufig ist das Saarland noch Reichsgebiet und weder ein besonderer Staat, noch französisch, und es liegt nicht der geringste Anlaß vor, diesen Teil deutschen Landes als verloren anzusehen.

Kündigung von Bergarbeitern.

Saarbrücken, 5. März. Die Bergleitung der Preussischer Hütte hat sämtliche Arbeiter mit Wirkung vom 4. März ab gekündigt mit der Begründung, daß bei dem am 3. März ausgebrochenen Streik die lebenswichtigen Betriebe ohne weiteres verlassen worden seien und infolgedessen großen Schaden erlitten hätten. Es handelt sich um 3000 bis 4000 Arbeiter. (W. T. B.)

Wieder ein Deutscher von Polen ermordet.

Berlin, 6. März. In der Nähe von Forenden ist ein deutscher Lehrer von einem polnischen Polen erschossen worden. Die Reichsregierung hat bei der polnischen Regierung die Befreiung des Schuldigen und die Gewährung einer Rente für die Hinterbliebenen des Ermordeten beantragt.

Die Abstimmung in Schleswig.

Kopenhagen, 6. März. In einer Unterredung mit dem Miensburger Korrespondenten der „Nationalen Tidende“ erklärte Riffen, die Aussichten der zweiten Zone ständen nicht weniger als günstig für die dänische Kaltung. Unter den Briefen bestände seit längerer keine Sympathie für Dänemark. Riffen erwartet in den ländlichen Bezirken keinen Erfolg. Etwas besser seien die Aussichten der Dänen in Flensburg. Aber es sei vor zu großem Optimismus zu warnen, besonders weil die weiblichen Elemente zu berücksichtigen seien.

Die Lohnforderungen der Hafnarbeiter.

Eine Hafnarbeiterversammlung von Groß-Hamburg hat beschlossen, vom 1. April ab 12 Mark täglich Lohnaufschlag für alle Hafnarbeiter zu verlangen. (W. T. B.)

Prinz Joachim Albrecht in Schutzhast.

Berlin, 7. März. In einem schweren Zusammenstoß kam es in der vergangenen Nacht im „Hotel Eden“ zwischen dem Prinzen Joachim Albrecht von Preußen, einem Sohne des Prinzen Albrecht, und anderen deutschen Gästen mit drei Mitgliedern der französischen Militärmission, Kapitän Klein, Hauptmann Rougenin und Aufschaffsleiter Durard. Als gegen 11 Uhr die Kavalle im kleinen Saale „Deutschland, Deutschland über alles“ spielte, erhoben sich die deutschen Gäste, während die Franzosen sitzen blieben. Der Prinz, der mit einem neuen ihm übergebenen russischen Staatsrat bezugs einige Minuten Wein gekostet hatte, sprach erregt auf und rief den französischen Herren zu: „Aufstehen, sonst verlaßt!“ Diese Aufforderung seine Folge fand, wußte der Prinz eine Ehrenwase nach dem Mittelstisch, wo die Ausländer saßen. Andere Gäste folgten seinem Beispiel. Als der Prinz in wüthender Erregung mit einem schweren Messerhieb auf seine Gegner, die sich trotzig verteidigten, einzuschlagen versuchte, umgingen ihn die Helfer und drängten ihn hinaus. Den französischen Herren, die Zivil tragen, waren teilweise die Kleider zerrissen, auch hatten sie Lacerationen, Beulen und Schnittwunden davongetragen. Der Prinz soll übrigens schon vor einigen Tagen einen persönlichen Zusammenstoß mit Kapitän Klein gehabt haben. Der Vorfall wird ein gerichtliches Nachspiel haben. Prinz Joachim Albrecht ist 44 Jahre alt und gehörte seinerzeit der Schuttruppe an.

Prinz Joachim Albrecht beehrte telefonisch dem W. T. B. gegenüber, daß er in der gemeldeten Weise am dem Vorfall beteiligt war. Er habe in Gesellschaft anderer Persönlichkeiten in einer Ecke gesessen und habe den Verlauf des Zwischenfalls nicht einmal verfolgt können, weil zwischen ihm und dem Tisch der französischen Gäste eine größere Anzahl Personen sich aufgestellt hatten. Auch habe er keinerlei Gegenstände geworfen.

Der Reichswehrminister hat verfügt, daß Prinz Joachim Albrecht von Preußen und Rittmeister v. Platow, der ebenfalls an dem Zwischenfall beteiligt war, vorläufig in Schutzhast genommen werden. (W. T. B.)

Für die Beibehaltung der Militärgerichtsbarkeit.

Berlin, 6. März. Die Vertrauensleute beim Stabe des Reichswehrtroppenkommandos 3 in Kolber haben diesem eine Entschliessung vorgelegt, mit der Bitte, sie der Regierung, dem Reichsrat und der Nationalversammlung zu übermitteln. Sie betragen darin, daß, bevor der Artikel 106 der Reichsverfassung beschlossen wurde, das Heer nicht gehört wurde, obwohl die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit es in erster Linie anging. Die Vertrauensleute beschwerten, die Ausführung des Artikels 106 zu verhindern, da ein bestimmter Zeitpunkt für die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit nicht vorgeschrieben sei. Viele Hunderte von Stundgebungen der Vertrauensleute im Heer und der Marine unterstützen, wie die Entschliessung angibt, die beabsichtigte Uebertragung der Nachsorge im Heere auf die bürgerlichen Gerichte.

Aundgebung gegen ein Groß-Berlin.

Berlin, 7. März. Gegen die Bildung einer Einheitsgemeinde Groß-Berlin fand heute im Parklande des Charlottenburger Rathauses eine große Aundgebung statt, an der Vertreter aller Parteien und Mitglieder der Gemeindeverwaltungen der Vororte Groß-Berlins teilnahmen. (W. T. B.)

Die Münchener Bevölkerung gegen ihre Ausbeuter.

München, 7. März. Heute mittag fanden auf dem Lenbachplatz und vor der Feldherrnhalle Aundgebungen statt, die sich hauptsächlich gegen die Ausbeutung der Bevölkerung durch Säuber, Wucherer und ausländische Juden richteten. Die demonstrierende Menge wurde vom Mutterium des Innern von Abteilungen der Polizei wache und der Reichswehr aufgehalten und räumte den Platz, nachdem Vorstandsmitgliedern vom Deutschen Schutz- und Trutzbund, die inzwischen beim Minister Endres vorstellig geworden waren, beruhigende Erklärungen abgegeben hatten. (W. T. B.)

Der Hochverratsprozess Caillaux.

Paris, 6. März. In der gestrigen Verhandlung des Prozesses Caillaux stellte der Senator Louis Michel den Antrag, daß von nun ab nur noch im Prozeß Tatsachen behandelt werden sollen, die sich nach Ausbruch des Krieges ereignet haben. Auch der Senator Goinier unterkürzte dieses Verlangen, indem er hinzufügte, dies seien die einzigen Tatsachen, die der Anklage zugrunde lägen und mit denen sich der Oberste Gerichtshof zu beschäftigen habe. Präsident Bourgeois erklärte, er werde sich bemühen, die Debatten soweit wie möglich abzukürzen. (W. T. B.)

Die englischen Arbeiter und der Bolschewismus.

Amsterdam, 6. März. „Telegraaf“ meldet aus London: Die Arbeiterpartei und die parlamentarische Kommission des Gewerkschaftskongresses haben von neuem das Ersuchen an die Regierung gerichtet, einer Arbeiterabordnung Välle für Rußland zu geben. (W. T. B.)